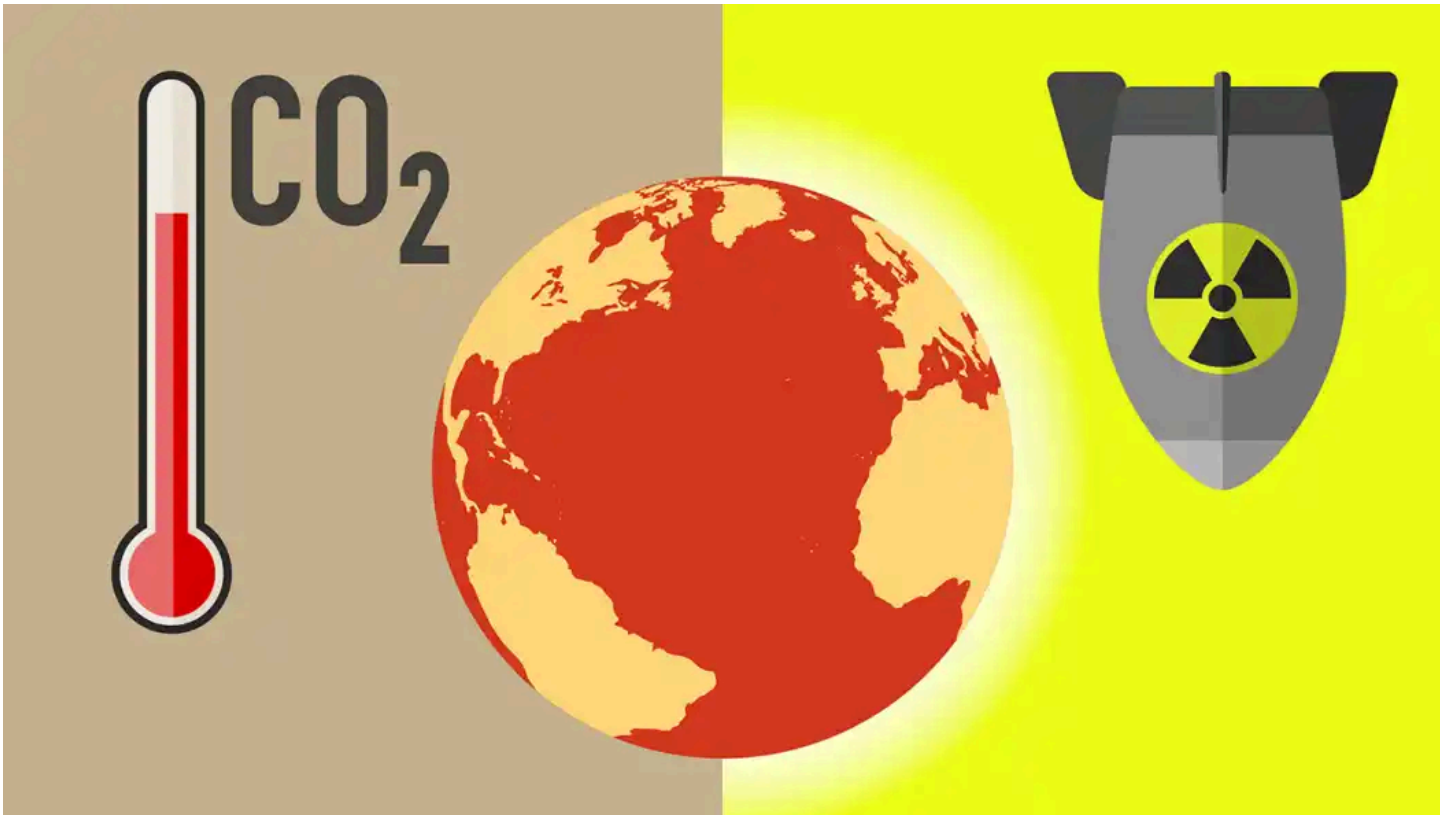
TELEPOLIS

Klimabilanz unvollständig: Wie Militär-Emissionen aus der Rechnung fallen

30. November 2025 Rolf Bader



Rüstung heizt das Klima massiv an – doch die USA haben durchgesetzt, dass Militär-Emissionen in keiner Klimabilanz auftauchen.

Nach Einschätzung von UN-Generalsekretär Guterres hat die COP30 wohl viele enttäuscht, insbesondere junge Menschen, indigene Völker und alle, die unter den Folgen des Klimawandels leiden. Bundesumweltminister Schneider (SPD) warf den Ölstaaten eine **Blockadetaktik [1]** vor.

Ausstieg aus fossilen Energieträgern scheitert!

Die Länder konnten sich nicht auf einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern einigen. Vor allem die Öl fördernden und andere große Länder verweigerten sich strikt einer konkreten Festlegung.

Es sei **nicht gelungen [2]**, "den Prozess hin zu einem Ausstiegs-Fahrplan aus fossilen Energien verbindlich für alle zu beschließen", so Bundesumweltminister Carsten Schneider.

Der militärisch-industrielle Komplex fehlt in der Klimabilanz

Kriege und weltweite Rüstungsausgaben von derzeit über 2,7 Billionen US-Dollar sind ein Treiber des Klimawandels. Die CO2-Emissionen des Militärs sind für rund 5,5 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "**Estimating the Military's Global Greenhouse**

Gas Emissions [3]" der "Scientists for Global Responsibility" und des "Conflict and Environmental Observatory".

Konflikte und Kriege werden in der Klimabilanz aufgrund unzureichender Daten nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass direkte Auswirkungen der Kriegsführung wie das Abbrennen von Öltanks und Wäldern, Schäden an Infrastruktur und Ökosystemen sowie der Wiederaufbau und die Gesundheitsversorgung der Überlebenden überhaupt nicht berücksichtigt werden. Es ist daher davon auszugehen, dass die ermittelten 5,5 Prozent eine sehr konservative Schätzung darstellen.

Auf Druck der USA wurden die CO2-Emissionen des Militärs aus den Klimavereinbarungen des Kyoto-Protokolls von 1997 und des Pariser Klimaabkommens von 2015 ausgeklammert.

"Dass die COP30 keine Räume geschaffen hat, um den Zusammenhang zwischen Aufrüstung, Krieg und Klimakrise zu diskutieren, ist ein schweres politisches Versäumnis."

Dr. Angelika Claußen, Vorsitzende der deutschen IPPNW [4]

Während die sich verstärkenden Folgen von Klimakrise und gewaltsamen Konflikten ganze Regionen destabilisieren, Leben zerstören und Ökosysteme verwüsten, würde der militärische Anteil an der Erderwärmung weiterhin systematisch verschwiegen.

Wenn wir doppelt so viel für Waffen ausgeben wie für Klimaschutzmaßnahmen, ebnen wir den Weg für die Klimaapokalypse. In einer Welt, die sich im Krieg befindet, wird es keine Energiesicherheit geben", so der brasilianische Präsident Lula bei seiner Eröffnungsrede des Klimagipfels in Belem.

Die USA nahmen an der Konferenz nicht teil. Der amerikanische Präsident Donald Trump teilte den anwesenden Staatschefs auf der UN-Generalversammlung am 22. September 2025 in New York mit, der Klimawandel sei die größte Lüge der Menschheitsgeschichte.

Am Tag seiner Amtseinführung am 20. Januar 2025 kündigte US-Präsident Donald Trump erneut das Pariser Klimaabkommen von 2015. Offiziell besteht eine Kündigungsfrist von einem Jahr. Eine Entscheidung, die in der Folge zu einem weiteren globalen Temperaturanstieg beitragen wird. Denn Donald Trump will die Förderung und Nutzung fossiler Energieträger in den USA wieder vorantreiben.

Wechselwirkungen von Klimawandel, Konflikten und Kriegen

Der Klimawandel fördert Konflikte, die auf Umweltveränderungen zurückzuführen sind. Zunehmende Wasserknappheit und der umkämpfte Zugang zu Quellen, Flüssen und Stauseen führen zu Konflikten, die zu Kriegen eskalieren können.

Dieses Szenario ist primär in den Ländern des Südens sehr realistisch. Der Klimawandel verstärkt bestehende soziale Ungleichheiten und andere wirtschaftliche, soziale und politische Risikofaktoren. Konflikte und Kriege führen zu Fluchtbewegungen von Millionen Menschen, die in Hunger und Elend zu überleben versuchen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Weltweit besitzen die Atomwaffenstaaten 12.300 Atomwaffen. Es gibt keine Garantie, dass diese Waffen nicht eingesetzt werden, wenn die Abschreckung versagt. Wir befinden uns heute in einer politischen Grenzsituation, in der wir uns keine entscheidenden Fehler mehr leisten können.

Ein Versagen würde Zerstörungspotenziale freisetzen, die das Leben auf unserem Planeten auslöschen würden.

Der Atomwaffensperrvertrag

Der Vertrag trat 1970 in Kraft und regelt die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV). Gründungsstaaten waren die USA, die Sowjetunion und Großbritannien. 1992 traten China und Frankreich bei. Heute haben 193 Staaten den Vertrag unterzeichnet und er ist unbegrenzt gültig.

Die Atomwaffenstaaten Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea (einseitiger Austritt 2003) gehören dem Vertrag nicht (mehr) an. Der Vertrag verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, über die vollständige Abschaffung ihrer Nuklearwaffen zu verhandeln. Im Gegenzug verzichten die Unterzeichnerstaaten, die keine Atomwaffen besitzen, auf deren Erwerb.

Der NVV gilt als einer der wichtigsten Rüstungskontrollverträge. Er trug mit dazu bei, dass die Zahl der Atomwaffen von 70.000 (!) in 1986 **auf inzwischen 12.300 reduziert [5]** werden konnten.

Aktuell werden knapp 1.200 Atomwaffen in ständiger Alarmbereitschaft gehalten. Die Arsenale aller Atomwaffenstaaten werden derzeit modernisiert und wieder aufgestockt. Deshalb wäre Rüstungskontrolle dringend notwendig, um den drohenden Rüstungswettlauf stoppen zu können.

Der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen (NVV) als Wegweiser für eine Welt ohne Atomwaffen

Der Vertrag ist am 22.01.2021 in Kraft getreten. Inzwischen haben ihn weltweit 70 Staaten ratifiziert. Der Vertrag verbietet allen Unterzeichnerstaaten, Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, zu lagern und zu testen. Auch die Weiterverbreitung von Nukleartechnologie ist verboten. Die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen sind damit ausgeschlossen.

Biologische Waffen sind seit 1975, chemische Waffen seit 1997 völkerrechtlich geächtet. Nun gilt dies endlich auch für Atomwaffen. Allerdings nur für die Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben.

Der Verbotsvertrag wird in den kommenden Jahren immer mehr an Gewicht gewinnen und weltweit Staaten zur Unterzeichnung bewegen. Er kann komplementär mit dazu beitragen, dass der Rüstungskontrollprozess zwischen den Atomwaffenstaaten wieder angefahren wird. Es gilt, alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, damit der im Februar 2026 auslaufende New-Start-Vertrag zwischen den USA und Russland verlängert wird.

Die UN-Charta als tragende friedenspolitische Säule stärken!

"Diplomatie, Krisenprävention und Deeskalation von Konflikten bilden das Fundament der UN-Charta. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, im Besonderen die fünf Veto- und Atommächte, haben als Unterzeichnerstaaten der Charta die Verantwortung, gemeinsame Konfliktlösungen im Dialog anzustreben.

Die Weltstaatengemeinschaft muss immer wieder erneut darauf dringen, dass das trotz der Großmachtrivalität oberste Handlungsmaxime sein muss. Dialog und Fingerspitzengefühl zu üben, eine kluge Balance zu finden zwischen Macht und Moral, Haltung und Zurückhaltung, ist die Stärke der Diplomatie."

Martin Kobler, deutscher UN-Diplomat

Rolf Bader, geb. 1950, Diplom-Pädagoge, ehem. Offizier der Bundeswehr, ehem. Geschäftsführer der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte:innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte:innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW).

URL dieses Artikels:

https://www.heise.de/-11096129

Links in diesem Artikel:

[1] https://www.deutschlandfunk.de/das-sind-die-ergebnisse-der-weltklimakonferenz-in-belem-100.html

[2] https://www.bundesregierung.de/breg.de/aktuelles/abschluss-cop-30-2395690

[3] https://ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGR-CEOBS_Estimating_Global_MIlitary_GHG_Emissions.pdf

[4] https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/cop30-verpasst-antwort-auf-eine-der.html

[5] https://www.bmj.com/content/389/bmj.r881

Copyright © 2025 Heise Medien